



ZUR BEWÄLTIGUNG DER ASYL- UND FLÜCHTLINGSFRAGE:

CSU BESCHLIESST 7-PUNKTE-SOFORTPROGRAMM

Die Bewältigung der Asyl- und Flüchtlingsfrage ist derzeit eine der drängendsten politischen Aufgaben. Deshalb hat der CSU-Parteivorstand ein 7-Punkte-Sofortprogramm zur Asyl- und Flüchtlingspolitik verabschiedet. Der Sofortplan zielt darauf ab, die **Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge zu gewährleisten** und zugleich den **dramatischen Anstieg der Asyl- und Flüchtlingsströme zu bremsen**.

Dazu Ministerpräsident und Parteivorsitzender **Horst Seehofer**: „Die Menschen wollen auf der einen Seite, dass wir solidarisch helfen und auf der anderen Seite, dass unsere Gemeinden und Städte durch die Flüchtlingsströme nicht überfordert werden. Um diese Herausforderung zu bewältigen, müssen Bund, Länder, Kommunen und auch die EU eng zusammenarbeiten. Missbrauch der gesetzlichen Regelungen darf dabei in keiner Form geduldet werden.“

Die CSU legt einen Sofortplan mit folgenden sieben Punkten vor:

1. Flüchtlinge müssen in den EU-Staaten bleiben, in denen sie ankommen. Dieses geltende EU-Prinzip wird vor allem von Italien derzeit nicht beachtet. Dort ankommende Flüchtlinge können ungehindert über Österreich nach Deutschland weiterreisen. Die bestehenden europa-

rechtlichen Vorgaben müssen strikt eingehalten werden. Sollte dies nicht geschehen, muss es im Rahmen des Schengener Abkommens zusätzliche Grenzkontrollen geben.

- 2. Die Flüchtlinge müssen innerhalb Europas gerechter verteilt werden.** Derzeit trägt Deutschland mit weitem Abstand die Hauptlast der Flüchtlinge in ganz Europa. Kein anderes Land hat so viele Asylbewerber und Flüchtlinge wie Deutschland. Das kann nicht so bleiben. Auch andere Länder in Europa müssen ihren Teil der Verantwortung übernehmen.
- 3. Wir begrüßen, dass mit dem neuen EU-Kommissar für Migration die Forderung der CSU nach einer einheitlichen Zuständigkeit für Asyl- und Flüchtlingspolitik innerhalb der EU umgesetzt wird.** Es ist zudem Aufgabe der Europäischen Union, die notwendigen Mittel für die Bekämpfung der Ursachen der Flucht bereit zu stellen. Die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen Frontex muss gestärkt werden. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, damit Rückführungsabkommen mit den Herkunftsländern der Flüchtlinge zustande kommen.



4. **Um die Flüchtlingsproblematik an ihren Ursprungsorten zu bekämpfen, muss im Bundeshaushalt ein Sonderfonds Flüchtlings- und Entwicklungspolitik aufgelegt werden.** Priorität muss die Hilfe bei humanitären Katastrophen in den Krisenherden der Welt sein. Die Hilfe für bedrängte Menschen vor Ort soll gestärkt werden, damit neue Flüchtlingsbewegungen abgewendet werden können.
5. **Die West-Balkan-Staaten müssen in die Liste der sicheren Herkunftsländer aufgenommen werden.** Im letzten Jahr stammte nahezu jeder fünfte Asylbewerber aus Serbien, Mazedonien oder Bosnien-Herzegowina. Die Anerkennungsquote ist jedoch marginal. Es passt nicht zusammen, dass diese Staaten in die EU aufgenommen werden wollen, aber nicht als sichere Herkunftsländer gelten sollen. Für reine Wirtschaftsflüchtlinge ist das Asylrecht nicht gemacht.
6. **Wer bei uns untergebracht und registriert ist, soll nach drei Monaten arbeiten können.** Dass gesunde und arbeitsfähige Menschen auch arbeiten dürfen, entlastet unser Gemeinwesen und kann bestimmte Bedarfe bei Betrieben erfüllen. Die bereits beschlossene Absenkung der Sperrfrist von drei Monaten, in denen Asylbewerber und Geduldete nicht arbeiten dürfen, muss umgehend in Kraft treten. Kommunen und staatliche Einrichtungen sollen gemeinnützige Arbeiten für Asylbewerber und Flüchtlinge anbieten und einfordern können.
7. **Die Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge muss in einer gemeinsamen Kraftanstrengung und engen Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen gewährleistet werden.** Deutschland hat die Kapazitäten, die

Organisationskraft und die Verwaltungskompetenz, um diese Herausforderung zu bewältigen. Das muss in einer konzertierten Aktion aller beteiligten Stellen gewährleistet werden. Bund und Länder müssen baurechtliche Vorschriften zur Bereitstellung von Unterbringungsmöglichkeiten flexibler gestalten. Nicht genutzte Kasernen der Bundeswehr sollen umgehend für die Unterbringung zur Verfügung gestellt werden. Um die durchschnittliche Verfahrensdauer zu senken, muss das Personal des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge auch im kommenden Jahr erheblich aufgestockt werden.

CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer: „Die humanitäre Verpflichtung hat für die CSU oberste Priorität. Es ist aber auch unsere Pflicht klarzustellen, dass das Asylrecht nur für die wirklich Schutzbedürftigen da ist und die Leistungsfähigkeit unseres Landes nicht unbegrenzt ist. Wir können nicht alle aufnehmen, die zu uns wollen. Gerade deshalb ist es erforderlich, dass die Grünen im Bundesrat endlich ihre Blockadehaltung aufgeben, damit der Zustrom offenkundig unbegründeter Asylbewerber vom West-Balkan gestoppt werden kann.“

Service

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.csu.de

Impressum

CSU-Landesleitung
Franz Josef Strauß-Haus
Nymphenburger Straße 64
80335 München

Verantwortlicher
Dr. Hans Michael Strepp, Hauptgeschäftsführer

